

Für bessere Bildung: 6000 Schüler gingen in Lübeck und Kiel auf die Straße

Lübeck/Kiel - Mehrere tausend Schüler haben am Mittwochvormittag in Schleswig-Holstein für bessere Lernbedingungen demonstriert. In Lübeck beteiligten sich laut Polizei gut 2000 Schüler an der Demonstration durch die Altstadt, in Ahrensburg (Kreis Stormarn) waren es 650.

Auch in Kiel schwänzten mehr als 4000 Schüler den Unterricht und gingen auf die Straße. Schülervertretungen hatten bundesweit zum Unterrichtsboykott und Protesten gegen die ihrer Ansicht nach verfehlte Bildungspolitik aufgerufen. Mehrere zehntausend Schüler beteiligten sich an den Aktionen in mehr als 30 Städten.



In Lübeck zogen gut 2000 Schüler protestierend durch die Altstadt und versammelten sich auf dem Markt. Fotos: Kröger/Maxwitat

„Wir fordern, dass man uns endlich zuhört“, sagte eine Sprecher der Landesschülervertretung. „Wir haben überfüllte Klassen und schlechte Ausstattung der Schulen satt.“ Nach der Auftaktkundgebung vor dem Rathaus zogen die Demonstranten mit Trillerpfeifen durch die Innenstadt Richtung Bildungsministerium und machten auf Plakaten und in Sprechchören lautstark ihrem Ärger Luft.

„Wir verlangen, dass die Bildungspolitiker endlich mit uns reden“, sagte Freya Schulz vom „Bildungsbündnis Kiel“. „Wir sind es leid, dass immer nur über unsere Köpfe hinweg entschieden wird. Wie kann es etwa sein, dass beim Bildungsgipfel Schüler nicht dabei sind?“ Die Demonstration sei erst der Auftakt. „Wir werden nicht locker lassen, um für bessere Bildung zu kämpfen.“

Die Schüler forderten unter anderem mehr und besser ausgebildete Lehrer sowie die Wiedereinführung des Kurssystems, das ihrer Ansicht nach eine individuellere Ausbildung als die neue Profiloberstufe in Schleswig-Holstein garantiert. Zudem sprachen sie sich gegen die Verkürzung der Gymnasialausbildung von neun auf acht Jahre aus. Einige Demonstranten hatten sich die Forderung „Gegen G-8“ mit Schminke ins Gesicht geschrieben.

„Wir sind total zufrieden mit der Beteiligung“, sagte Freya Schulz. „Die große Unterstützung macht uns Mut.“ Versuche, die Aktion in Verruf zu bringen, seien gescheitert. Sie betonte, dass es sich um einen überparteilichen Protest handele. Dennoch waren bei den Demonstranten auch Fahnen von Linkspartei und DKP zu sehen. „Wir gehen nicht davon aus, dass die Schulleiter wegen des Streiks nun massenhaft Strafen verhängen“, sagte Schulz.

Das Bildungsministerium hatte in einem Schreiben an die Schulen die Aktion missbilligt und darauf hingewiesen, dass Demonstrationsteilnehmer unentschuldigt fehlten. Auf konkrete Strafandrohungen verzichtete die Behörde aber. Die Lehrgewerkschaft GEW appellierte an die Schulen, streikende Schüler nicht zu hart zu bestrafen. „Wenn junge Leute auf Missstände im Bildungssystem aufmerksam machen, ist das kein Schulschwänzen, dass mit Schulstrafen geahndet werden muss“, sagte der GEW-Landesvorsitzende Matthias Heidn. Ino

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/artikel/2495602>